

Der Gemeindearbeiter

Zeitschrift für die Interessen der Handwerker, Arbeiter und Bediensteten in den Gemeinde-Kreis- und Provinzial-Betrieben
Organ des Zentralverbandes der Gemeindearbeiter und Straßenbahner Deutschlands
Mitglied des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften

Erscheint alle 14 Tage. Für Mitglieder gratis.
Nach die Post bezogen vierteljährl. 1.50 Mk.

Fernsprecher N 3538.
Redaktionschluss Montags
Mittags vor Erscheinen d. Blattes.

Anzeigenpreis für die viergespaltene Zeile
20 Pf. Anzeigen d. Ortsgruppen 10 Pf.

No. 6

Cöln, den 23. März 1918.

VI. Jahrgang.

Mehr Einigkeit.

In letzter Zeit werden immer mehr Stimmen laut, die auf eine verbesserten Verhältnis zwischen den verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen das Wort reden. Und das Recht, Große wichtige Aufgaben stehen uns für die nächste Zeit besonders aber für die Zeit nach dem Kriege so daß wir alle Veranlassung haben, die in der Gegenwart vorhandenen Kräfte zu sammeln, anstatt sie auseinander zu zerren, in gegenseitiger Konkurrenz zu zerren und kulturellen. Allenfalls müssen die Arbeiter sich auf Abwehr, immer stärker und kräftiger richtet sich die Mühe ihrer Organisations. Sowohl zahlenmäßig, wie auch wirtschaftlich haben die Organisationen der Arbeiter während dieser Zeit außerordentlich stark zugenommen, wenn auch im letzten Jahre manches Verlorene wieder eingebüßt werden konnte. Das Organisationsvermögen hat sich zwar zum Nutzen der Arbeitnehmerschaft erhöht. Ein Ausweis kann hier nur durch ein gemeinsames und gemeinsames Zusammenstreben der verschiedenen Kräfte geschaffen werden.

Die Zerwürflichkeit der deutschen Arbeiterkraft in verschiedenen Richtungen braucht auch nicht naturgemäß eine Vermittlung der in ihr ruhenden Kräfte in sich zu suchen, wie des gemeinlich angenommen wird. Bisher war es leider fast immer so, wenn eine Gewerkschaftsrichtung in einem Orte oder Betriebe einzutreten vermochte, eine andere Richtung schon bestand, doch dann die beiden als gemeinsame Richtung als Zerwürflichkeit und Zerplitterung betrachtet wurde. Wie liegt aber die Sache in Wirklichkeit? Tatsache ist und das einmal, daß die deutschen Arbeiter ebensowenig, nämlich für die sozialdemokratische, wie für die christlich-nationale Gewerkschaftsbewegung zu sein und. Dennach ist es doch wohl keine Zerwürflichkeit, sondern vielmehr gemeinsame Sache, wenn beide alle in Frage kommenden Kräfte in beiden Richtungen zu gewinnen. Denn doch erst dadurch wird all das, was die Arbeiter der Gewerkschaftsrichtungen zu betreiben. Damit fällt dann natürlich auch der immer wieder erhobene Vorwurf der Schädigung der Arbeiterkraft, wenn von zwei Gewerkschaftsrichtungen zu gleicher Zeit einer Betriebes, gestellt werden. Im Gegenteil, schädigt es vielmehr sein, wenn solche Forderungen nur von einer Richtung kommen. Wissen die Arbeiter doch genau, daß nicht alle Arbeiter ihres Betriebes der einen oder anderen Gewerkschaftsrichtung angehören, sondern erst

die von den verschiedenen Richtungen vertretenen Forderungen (auch selbst dann, wenn diese nicht ganz gleichlautend sein sollten), dem Unternehmer den Beweis, daß alle Arbeiter des Betriebes einzig und in dem Streben, ihre Lage zu verbessern. Wo natürlich ein gemeinsames Vorhaben der verschiedenen Richtungen zu ermöglichen ist, wird dadurch das Bild der Einigkeit der Arbeiterschaft noch vervollständigt. Gerade der Vorwurf der Arbeiterzerfplitterung bildet vorher in sehr vielen Fällen den Grund zu gegenseitiger Bekämpfung. Würde vorerwähnte Auffassung mehr Raum gewinnen, so wäre schon ein sehr wichtiges Streitobjekt beseitigt.

Besser sollte vor allem der gute Glaube an den ehrlichen Willen der anderen Richtung endlich mehr Platz greifen. mag man auch in einzelnen Fällen über die Taktik, über die Art und Form der zu unternehmenden Schritte verschiedener Ansicht sein, aber der anderen Richtung vorzuziehen, sie habe es auf abschließliche Solidargama der Arbeiterinteressen abgesehen, ist doch wohl recht kindlich. Denn das würde doch gleichbedeutend sein mit der Schädigung der eigenen Organisation. Und sich selbst schädigen will doch wohl kein Mensch, auch kein Organisationsleiter. Können diese beiden Vorwürfe der Arbeiterzerfplitterung und der abschließlichen Schädigung der Arbeiterinteressen in Zukunft zwischen den Organisationen der verschiedenen Richtungen weniger vor, so dürften dadurch allein schon die gegenseitigen Auseinandersetzungen sehr viel an Schärfe und Gehalt verlieren. Gewinnt daneben noch der Gedanke Raum, daß es am allgemeineren viel leichter, besonders aber auch für die Gewerkschaft der Arbeiterkraft viel anbringen, der ist, das große Meer der Unorganisierten zu bearbeiten, als der anderen Richtung einige Mitglieder abwendig zu machen, so dürfte das ebenfalls zur Beförderung der Verbältnisse viel beitragen. Bedeutet doch das Erstere nur eine Verschiebung der in der Gesamtarbeiterbewegung vorhandenen organisierten Kräfte wegen die Gewinnung neuer Mitglieder aus dem Kreise der Unorganisierten doch eine Problematik ihre Stärkung dieser Kräfte bedeutet. Damit soll natürlich nicht gesagt sein, daß nicht versucht werden soll, auch Angehörige der anderen Richtungen von der Nichterfüllung der Grundfrage der eigenen Organisation zu überzeugen. Wenn dies stets in ruhiger, sachlicher Weise geschieht, im Uebbrigen aber mehr Gewicht auf Gewinnung der Arbeiterkraft gesetzt wird, dürfte es hierbei wohl sehr leichter zu gegenseitigen Auseinandersetzungen kommen. Bedenken nur vor allem, die noch brach liegenden Kräfte in der deutschen Arbeiterkraft für unsere Mitarbeit zu gewinnen und sie wenn auch in verschiedenen Lagern ge-

sammelt, gegebenenfalls doch vereint zum Kampfe ins Feld führen zu können. Wenn mit der Befolgung der hier gegebenen Ratschläge auch nicht alle, so dürften aber doch damit die hauptsächlichsten und größten Hindernisse eines vorrätlicheren Verhältnisses und der notwendigen Zusammenarbeit der verschiedenen Richtungen der deutschen Gewerkschaftsbewegung aus dem Wege geräumt und eine bessere Geltendmachung des Einflusses der gesamten in der Arbeiterchaft vorhandenen Kräfte ermöglicht werden.

Dabei braucht keine Richtung ihre Grundtatsache zu verfechten oder anzukämpfen. Von den sozialdemokratischen Gewerkschaften trennt uns eine ganze Weltanschauung. Unsere Auffassung von Kirche, Staat, Monarchie, Kultur, Schule und alles was damit zusammenhängt ist eine den Sozialdemokraten entgegengesetzte. Soll eine gemeinsame Arbeit in den wirtschaftlichen Fragen, wie vorstehend gezeichnet ist, möglich sein, so muß jeder Versuch mit Hilfe von gemeinsamen Aktionen die sozialdemokratische Weltanschauung Andersdenkenden beizubringen, unmöglichlich unterbleiben.

Mißbrauch der Arbeiterausschüsse.

Seit Jahrzehnten kämpfen die deutschen Arbeiter und Angestellten um die Einführung von Arbeiterausschüssen. Das Unternehmertum wehrte sich mit allen Kräften hiergegen, da es in der Errichtung von Arbeiterausschüssen den ersten Schritt auf dem Wege zur Gleichberechtigung der Arbeiterchaft erblickte. Bei manchen Stadtverwaltungen wurden sie auch nur dem Namen nach errichtet, aber ihr Tätigkeitsfeld so eng gezogen, daß ihr praktischer Wert für Arbeiter und Angestellte sehr problematischer Natur ist. Als in Preußen vor einigen Jahren für den Verban die Arbeiterausschüsse gesetzlich vorgeschrieben wurden, wehrte sich das Unternehmertum hiergegen mit allen Mitteln. Dieser Widerstand wurde noch verstärkt, als das Hilfsdienstgesetz die Einführung von Arbeiter- und Angestelltenausschüssen für die meisten größeren Unternehmungen vorschrieb. Aber gerade weil diese Institutionen sehr heftigen Widerstand finden sollte alles vertrieben werden, um den Gegnern Wasser auf ihre Mühle zu leiten, da die Absicht besteht, die betreffenden Bestimmungen des Hilfsdienstgesetzes eventuell in die Gewerbeordnung zu übernehmen. Als Hauptursache für den Widerstand wird stets der politische Mißbrauch angegeben, der mit den Ausschüssen getrieben werden könne.

In München hat nun die sozialdemokratische Partei die Arbeiterausschüsse von 36 Betrieben der Müllungsindustrie zu einer Verammlung berufen und eine umfangreiche Entscheidung über inner- und auherpolitische Fragen annehmen lassen. Einantrug ist auch beschlossen worden:

„Die Arbeiterausschüsse haben mit dem Vorstand des sozialdemokratischen Vereins in Zühlung zu bleiben und alle Vorkommnisse dort zu melden. Parolen und Forderungen von anderer Seite müssen unbeachtet bleiben; dafür zu wirken ist Ehrenpflicht jedes Arbeiters.“

Die Arbeiterausschußmitglieder der betreffenden Betriebe haben mit den Beschlüssen, die sie in der betr. Verammlung faßten, ihre Zustimmung weit überschritten. Sie wurden von den Gewerkschaften auf die Vorschlagsliste gesetzt. Die Arbeiterchaft der betr. Betriebe hat durch die Wahl des Betreffenden ihr Vertrauen bekundet, sie in Betriebsangelegenheiten zu vertreten. Sie hat die Ausschußmitglieder aber nicht bevollmächtigt in politischen Fragen sich als Vertreter aufzutreten und sich von der Sozialdemokratie in diesen Fragen Direktiven erteilen zu lassen. Wenn die sozialdemokratische Partei eine Organisation nach Art der russischen Bolschewiki braucht, mag sie sich diese gefallen

lassen, aber nicht die gesetzlich geschaffenen Arbeiterausschüsse für ihre politischen Ziele mißbrauchen.

Im Interesse der gesamten Arbeiterchaft protestiert die christliche Arbeiterchaft energisch gegen die an Großenwiesengrenzende Ueberhebung, mit der sich die Sozialdemokratie heute als alleiniger Anwalt der Arbeiterchaft aufstellt und die zur Erledigung wirtschaftlicher Aufgaben geschaffenen gesetzlichen Einrichtungen der Arbeiterausschüsse unter ihrer Vormundschaft bringen will. Gegen einen derartigen politischen Mißbrauch der Arbeiterausschüsse muß in aller Eile vorgegangen werden.

Und zwar im Interesse der gesamten Arbeiter und Angestellten, die diese Institution zur Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen gebrauchen, sie weiter ausgebaut und ihre Rechte gesetzlich gesichert haben wollen.

Volkswirtschaftliches und Soziales.

Zur Wohnungsfrage.

Die Wohnungsfrage, die schon vor dem Kriege so großes Interesse erregte, wird immer brennender und schwieriger. Gegenwärtig berechnet man den Bedarf an Wohnungen für die heimkehrenden Krieger auf 7-800000. Aber jetzt schon herrscht vielerorts ein großer Wohnungsmangel, das ist besonders in den Orten der Fall, wo die Kriegsindustrie zu Hause ist. Viele Arbeiter, die dort beschäftigt sind, machen täglich stundenlange Eisenbahnfahrten, weil sie am Arbeitsort keine Wohnung finden können. Daher sind andere, oder denen was man nennt, in München in Wohnquartieren untergebracht worden, die meist sehr viel zu klein und überfüllt sind. Viele Hausbesitzer benutzen diese günstige Gelegenheit zur Steigerung der Mietpreise. Auf dem letzten christlichen Arbeiterkongreß im Oktober des vergangenen Jahres in Berlin beschäftigte man sich auch eingehend wieder mit dieser wichtigen Frage. In vielen Orten ist die Arbeiterchaft bei der Hand, um die Öffentlichkeit auf die Mißstände zu stoßen und auf Abhilfe zu drängen. So besaßte sich auch eine von Tausenden besuchte Versammlung der christlichen Gewerkschaften die am 24. Februar in Essen stattfand, in a. mit dieser Frage und nahm eine Entschließung an, in der insbesondere Maßnahmen zur Vermeidung der Wohnungsnot gefordert werden.

Die Anhebung des Verbots von Dach- und Kellerwohnungen. Einer Zeitungsartikels zufolge, die ungenügend anzuheben ist, haben im Reichertum der öffentlichen Arbeiter, das jetzt die Lösung in der Wohnungsfrage übernommen hat, unter Beteiligung der sonst zuständigen Verbände Verhandlungen darüber stattgefunden, wie der in Groß-Berlin drohende Wohnungsnot in der Zeit nach dem Kriege durch Notstandsmaßnahmen begegnet werden kann. Das Ergebnis dieser Verhandlungen soll gewesen sein, daß von den zunächst vorgeschlagenen Maßnahmen die Freigabe von Dach- und Kellerwohnungen zum Wohnen in erster Linie in Aussicht genommen ist, die mit Friedensschluß erfolgen soll. Damit überein steht die Absicht, daß die in geschlossenen Mannschaften in die heimkehrenden Krieger zur Verfügung geben. Es hat ein Antrag des Ministers in Aussicht gestellt, der die Durchführung solcher Maßnahmen auch für die übrigen Teile des preussischen Staates empfiehlt. Es ist von sehr beachtlicher Wichtigkeit, daß schon früher vor einer solchen Maßnahme dringend gewarnt wurde. Die Behörden in sich hier und erst in Erwägung gezogen werden sollte, wenn alle anderen Mittel provisorischen Charakters versagen. Dach- und Kellerwohnungen an sich als vom höchsten Standpunkte milderwertig anzusehen sind, bedarf keiner weiteren Erörterung; darauf weist schon der Umstand hin, daß sie bisher unter Verbot gestellt sind. Sie dürften zumal bei der bevorstehenden Forderung der Abfertigung der Verdienste der Krieger für die heimkehrenden Krieger die allernützlichsten Maßnahmen sein. Und selbst wenn, wie dies die Ansicht annehmen zu sein scheint, ihre Zulassung auf ein strenges Verbot beschränkt ist, so ist von nun an die Rede, es ist von nun an die Gefahr nahe, daß dadurch eine der wichtigsten Maßnahmen der Regierung in der Zukunft eine Illusion

Veränderung herbeigeführt wird. Die durch die Vermietung von Keller und Dachwohnungen gegebene größere Ausnutzungsmöglichkeit der Grundstücke wird nicht verschien, denn Hausbesitzer den vollkommenen Anlaß zu bieten durch Kapitalisierung der vorübergehend erhöhten Mieten einen erhöhten Grundstückspreis zu erreichen, der sich namentlich wenn das Grundstück in der Hand eines Besitzers a. m. o. hat, schwer wieder zu beschaffen sein wird, und die als vorübergehend gedachte Maßnahme wird unvorsichtlich zum Nachteil der künftigen Mieter zu einer dauernden Steigerung der ohnehin schon hinsichtlich über die Gebühr hinaufgetriebenen Grundstückspreise führen, die eine Verschärfung der schon jetzt so beklagenswerten Wohnungszustände in Großstädten hantabosten wird. Unter diesen Umständen ist es wohl nicht leichtlich zu einer Maßnahme entschließen, die große Gefahren in sich birgt, wenigstens sollte man sie nur in alleräußersten Notfälle zur Anwendung bringen, wenn alle anderen Hilfsmittel im Stich lassen. Vor allen Dingen aber muß man sich endlich einmal mit Nachdruck die Wege beschaffen, die eine sofortige Aufnahme der Neubautätigkeit nach dem Bauwesen in Aussicht stellen, so in erster Linie die Geldbeschaffung, die Rohstofflieferung für die Wiederaufbauarbeiten der allg. Bauwirtschaft und die sonstige Rohstoffbeschaffung für das Bauwesen.

Aus den Ortsgruppen.

Lehrerbund. Einen guten Fortschritt hat unsere Ortsgruppe in letzter Zeit zu verzeichnen. Fast Dreiwertel sämtlicher hiesiger Arbeiter haben sich nun dem Verbands angeschloßen, was die Angelegenheiten der Straßenbahn und deren, selbst unzureichend an der Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage. Der Grund hierfür war durch das Vorgehen des Verbandes eine Erhöhung des Einkommens der Kollegen und Kolleginnen erreicht, was nicht in der Gasse, das dadurch ein gewisser Ausgleich für die Verringerung geschaffen worden wäre. Zwar hat man am 1. Januar 1918 eine wesentliche Erhöhung der Grundlöhne erhalten, aber dafür die alten Zulagen ganz, aber zum Teil gekürzt.

Die amtierende letzte Versammlung, die überaus gut besucht war, hat nun beschlossen, eine neue Eingabe an die Verwaltung zu richten, in der um eine Erhöhung des Lohnes um 20% die gleiche für sämtliche Arbeiter und Angestellte, und für die Straßenbahnfahrer und Fahrerinnen eine entsprechende Erhöhung des Grundlohnes erucht worden ist.

Bismarckshöher Kleinbahnen. Die in diesem Betrieb beschäftigten Kollegen haben ähnlich auch den Weg zur Organisation gefunden. Veranlassung waren hauptsächlich die Lohnverhältnisse, die sehr zu wünschen übrig ließen. Es wurde Monatslöhne, die Tagelöhne bezahlte, darüber noch Leertungszulagen, die nicht völlig unzureichend waren. Das Verlangen nach einer angemessenen Lohnerhöhung ist daher durchaus berechtigt und verständlich. Schon bald nach Gründung der Ortsgruppe, der sich alle Kollegen einmütig anschloßen, wurde dem auch die Forderung auf Lohnerhöhung gestellt. Die Verwaltung bewilligte hier dessen eine Erhöhung der Leertungszulage von 10% und weitere eine Kinderzulage von 5% pro Monat. Kurz bevor wir die Kollegen damit zufrieden geben. Nur die übrigen im Betrieb bezahlte Zahlung von Zuschlägen für Ackerarbeiten und Dienstleistungen, sowie Beschaffung neuer Dienstkleider ließ die Verwaltung nicht ein. Da kann es aber nur heißen: Wir haben es nicht aufgegeben. Zu gegebener Zeit werden die Forderungen erneuert werden, denn die Kollegen haben den Willen des Verbandes voll erfüllt.

Köln-Dorner Kreisbahnen. Das Personal dieses Betriebes, so wie es organisiert ist, beauftragte Mitte Januar die Organisationskommissionen und die Arbeiterausschüsse mit der Einreichung von Forderungen. Beauftragt wurden für die Bandwerker, Bandwarter, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen eine Lohnzulage von 20%, für jugendliche Arbeiter unter 16 Jahren von 14% pro Monat, ferner Erhöhung bzw. Einführung von Lohnzulagen für die an Samstagen und Feiertagenarbeiten, ferner die Einführung einer besseren Regelung des Dienstkleider, Lohnzahlung in 14 Tagen, Befreiung der die Arbeitsverhältnisse betreffenden Forderungen, und Regelung der Urlaubstage.

Am 1. März darauf anberaumten Arbeiterausschüssigkeiten für diesen Betrieb legte die Verwaltung ihre Stellung dar, die die dortigen Angelegenheiten zu machen. Die Ausschüsse verweigerten die Forderungen. Dem wurde entgegengehalten, daß die Forderungen der Kollegen die Verwaltung einmütig angenommen zeigte. Jedoch bezüglich der Lohnfrage konnte eine Einigung nicht erzielt werden, weshalb die Verhandlungen in der Folgezeit unterbrochen wurden. Nur auf dem Ausblick der

Vertrabteilung wurde auch in der Lohnfrage eine Einigung erzielt. Im beiderseitigen Interesse kann man nur wünschen, daß die Verwaltung auch den übrigen Arbeitern in der Lohnfrage entgegenkommt. Der bisherige Gang der Verhandlungen hat die Arbeiter ohnehin auf eine harte Geduldsprobe gestellt. Wenn man etwa glauben sollte, durch eine Verschleppungspolitik das Vertrauen der Arbeiter in die Organisation schwächen zu können, so täuscht man sich. Die Arbeiterschaft weiß, daß ohne Organisation Verbesserungen nicht zu erzielen sind, wie die bisherige Erfahrung vollst. bewiesen hat.

Düsseldorf, Stadt Arbeiter und Straßenbahner. Schneller, als man auf Grund der Behandlung früherer Eingaben der gewerkschaftlichen Organisationen von Seiten der Stadtverwaltung erwartete, erfolgte auf die letzte von den freien und christlichen Organisationen gemeinsam an den Herrn Oberbürgermeister und das Stadtvorordnetenkollegium gerichtete Eingabe um Verbesserung der Lohn- und sonstiger Dienstverhältnisse der städtischen Arbeiter und Straßenbahner diesmal die Antwort. Diese fiel denn auch so aus, wie man sie von der Düsseldorfer Verwaltung kaum anders erwartete. Ein Verhandeln mit den Organisationen wird grundsätzlich abgelehnt und die Arbeiterschaft mit ihren Wünschen an die Arbeiterausschüsse verwiesen. Doch man abgesehen hat, andererseits in einer Menge von Betrieben keine Ausschüsse bestehen, gemißt die Verwaltung sehr wenig. Es heißt in dem Antwortschreiben weiter, die Arbeiter solcher Betriebe, wo keine Arbeiterausschüsse bestehen, hätten ihre Wünsche auf dem Dienstwege vorzubringen, trotzdem auch die Verwaltung wissen dürfte, daß auf diesem Wege wohl kaum jemals die Arbeiter ihre berechtigten Forderungen erfüllt sehen werden. Diese Antwort der Verwaltung erweckte denn auch große Unzufriedenheit unter der städtischen Arbeiterschaft, die in einer hart behandeln Veranlassung im Volkshaus zum Ausdruck kam. Da aber unter den jetzigen Verhältnissen keine Möglichkeit besteht, die städtische Verwaltung zu größerem Gegenkommen zu zwingen, wurde der Vorschlag der Organisationsleitungen, die Wünsche der Arbeiterschaft nochmals durch die Arbeiterausschüsse, oder in den Betrieben, wo solche nicht bestehen, durch Kommissionen bei der Verwaltung vertreten zu lassen und dann bei nicht gelegendem Entgegenkommen der Verwaltung die Schlichtungsausschüsse (auf Grund des Duisburgergesetzes) in Anspruch zu nehmen, von der Versammlung einstimmig gutgeheißen. Sache der städtischen Arbeiter und Straßenbahner aber muß es sein, durch rastlosen Anstoß an die gewerkschaftlichen Organisationen den Arbeiterausschüssen bei ihrem Vorgehen den erforderlichen Rückhalt zu verschaffen. Aber auch die Anerkennung der Organisationen und die Bereitwilligkeit, mit ihnen über Wünsche und Anträge der Arbeiterschaft zu verhandeln, in und bildet eine Forderung, die nur durch die Mitarbeit der Mehrzahl der städtischen Arbeiter und Straßenbahner erlangen werden kann.

Kürzburg, Straßenbahner. In unserer Versammlung am 11. Februar, in der Kollege Dedensbach referierte, wurde nach gründlicher Aussprache über die gegenwärtigen Lohn- und Leistungsverhältnisse beschlossen, an die Direktion eine Eingabe um Lohnerhöhung zu richten. Als dringend notwendig wurde es begründet, daß sich die Unorganisierten bis zum letzten Mann dem Verbands anschließen, um der Eingabe den erforderlichen Nachdruck zu verleihen. Bei kräftiger Organisation hätten sich auch bisher die Verhältnisse günstiger gestalten lassen. Eine Anzahl Kollegen raten dem Verband bei, öffentlich nehmen nach die männlichen Kollegen ein Beispiel daran.

München. Zur die den Direktoren der Abgeordnetenversammlung und der Reichsräte und dem Archiv des Landtages unterstellen. Diener, Arbeiter und Arbeiterinnen hat unsere Bezirksleitung eine Eingabe gemacht. Darin wird beauftragt:

1. Sauftragung eines neuen Einstellungsverhältnisses für die nicht dauernd beschäftigten Diener und Diener und Einführung einer allgemeinen Dienst- und Arbeitsordnung, Neuregelung der Löhne Durchführung der Arbeitsstellenänderungen, und Arbeitslohnzulage in gleichen Höhe wie für die Arbeiter und Arbeiterinnen der kgl. Zivilstaatsbetriebe, sowie Errichtung einer Pensions- bzw. Versorgungskasse für sämtliche Bediente, Arbeiter und Arbeiterinnen. Man kann nur wünschen, daß diese Anträge gehandhabt berücksichtigt und erfüllt werden.

Mannheim, Straßenbahner. In der Generalversammlung vom 7. Februar erhaltete Kollege Scherer den Jahresbericht, wobei er hervorhob, daß unser Verband zu dem Erlöse der letzten Lohnbewegung, die zu München und zur Zufriedenheit sämtlicher Kollegen angefallen ist, rechtlicher Anteil hat; des weiteren beabsichtigt die letzte Anschaffung, welche mit realem Interesse befolgt wurde: Über die beabsichtigt über den Stand der Verhandlungen

festgestellt werden mußte, daß die Ausgaben der Lokalfasse die Einnahmen um 357.4 übersteigen. Einnahmen für die Zentralfasse 417.4, Ausgaben 175.30.4, so daß an die Zentrale abgeliefert wurden 165.61.4. Einnahmen für die Lokalfasse 87.45.4, Ausgaben 91.82, Mehrausgabe 3.97. An Krankengeld wurden 61.60.4 ausbezahlt. Im Vorjahrgang waren 275, an Ausgang 12.9. Seiden Die Vorstandswahl wurde davon erledigt. Die 2. Sitzung am 12. Oktober wurde am 12. Oktober in diesem Jahre weitergehalten, nur 2. Vorsitzender wurden dazu gewählt und zwar Pöhlke, Winter und Niehl. Sodann wurde beschlossen, gemäß dem Beschlusse der Zentrale, einen Vorberichtsbericht von 1914 zu ziehen. Der Bericht soll ob 2. Quartal in Kraft treten. Der in Urlaub befindliche Verbandssekretär, Kollege Dedendach, wird von dem Vorstand, daß er sich unsere Entschuldig durch den Krieg in besonders schwere Verhältnisse gesetzt wurde und dankt für die herzliche Unterstützung beim Verbandsaufbau, so daß die Kollegen im Jahre bei ihrer Tätigkeit den Verband in solchen Verhältnissen vorfinden, daß sie sich weiterarbeiten können.

Verbandssekretär Kollege Niehl sprach sich dahin aus, daß wir auf der einen Seite unter Verbands durch den Krieg sehr mitgenommen wurde, die anderen Verbände der Gewerbe gerade durch den Krieg erheblich und darum erzwungen Fortschritt zu verzeichnen haben.

Nach allgemeinem dankvollem Gedankenaustausch im Interesse des Verbandes, wobei Kollege Seiberer um 10 Uhr mit Dankesworten die der Zeit entsprechend zur beiderseits Verabschiedung.

München. Montag, den 18. Februar, hielt unsere Versammlung eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab, in der zum ersten Male auch die Arbeitererschaft verschiedener städtischer Betriebe erschienen war. Der Verbandsvorsitzende und Stadtverordnete Kollege Dedendach aus Köln bestrich die Verantwortlichkeit der christlichen Arbeitererschaft bis zum letzten Ende des Krieges auszuhalten, aber auch die Verantwortung, daß die berechtigten Arbeiterforderungen nicht von den Arbeitgebern erfüllt wurden, als es vor dem Krieg der Fall war, er hinderte die Arbeiter und Arbeiter der außerordentlichen Preissteigerung für alle Lebensmittel und Bedarfsartikel und die Einschüchtern des Verbandes die Einkommensverhältnisse der Arbeiter durch den Kriegsergebnisse entsprechend zu erhöhen und letztendlich für alle Verbesserungen zu erreichen.

Als eine der wichtigsten Forderungen nach dem Krieg, begehrt die Arbeiter und Arbeiter eine Reform der Lohnbestimmungen, Erleichterung der Einkommen, Abschaffung der Stundenlöhne, abschließende Entlohnung im Sommer und Winter, die Einführung des **Neinbrotgesetzes** auch für die Staats- und Metallarbeiter, von einer Weltrevolution und einer Umwandlung unserer Staatseinrichtungen mit der christlichen Arbeiter nicht etwas nachsprechen und deshalb werden sie für die Arbeiterbewegung zu halten sein.

Kollege Winter hob hervor, die durch das Einschreiten des Verbandes erzielten Verbesserungen in der Lage der Arbeiter in den den Kriegsmitteln unterliegenden Umständen, sowie die für das Bestehen des Handwerks notwendigen Forderungen. Die Arbeiter der Gewerbe und Arbeiter, welche beabsichtigen, sich in den Eingaben des christlichen und freigewerkschaftlichen Gemeindearbeiterverbandes enthaltenen Forderungen, sowie auch die Forderung der Parität, Kollege Winter jedoch zum Schluß der Sitzungen des Abendvortrages, auf das die Versammlung ein dreifaches **Doch** ausdrückte.

München. Gemeindefreier. Unsere diesjährige Generalversammlung fand am 3. Februar im Burkarthshaus statt. An derselben nahm auch der Gemeindefreier, Arbeiterführer Strübingen teil. Kollege Niehl erläuterte einen eingehenden Jahresbericht über die Tätigkeit der Kreisgruppen im vergangenen Jahre. Der Mitgliederstand erhöhte sich von 61 am 12. Kollege Dedendach gab den Mitgliedern bekannt, daß die Arbeiter in dem in diesem Bericht für das Jahr mitgeteilt werden sollen. Die Mitglieder der Vorstandswahl wurden zum ersten die bisherigen Vorstandsmitglieder gewählt, wobei denselben für ihre bisherige Tätigkeit dankt wurde. Kollege Niehl berichtete, alsdann in einem Rückblick über die Verhandlungen betreffend unserer Lohnforderungen, die sich manchem recht schwierig gehalten. Das Erreichte müsse von den Kollegen um so mehr anerkannt werden.

Eine sehr autoritative Versammlung fand am darauffolgenden Sonntag im gleichen Lokale statt. In derselben referierte unser Verbandssekretär, Kollege Dedendach Köln, über die Tätigkeit des Verbandes während des Krieges und unsere Zukunftsansichten. Dem daraufhin angenommenen Vortrage folgte eine sehr lebhaftes Aussprache, in der die Kollegen dem Referenten zuwinkten und Lehrer, einige Klänge beizubringen.

Köln. Unsere erste Generalversammlung war nur mäßig besucht. Nachdem unsere Eisnarbe erst Ende vergangener Jahres erreicht wurde, gab es einen kurzen Tätigkeitsbericht. Festgestellt konnte lediglich werden, daß im letzten Jahre 3 Versammlungen stattfanden und sich 66 Kollegen und Kolleginnen dem Verbande angeschlossen haben. Durch das Vorgehen des Verbandes wurde für sämtliche städtischen Arbeiter eine Lohnforderung von 100 pro Tag erreicht. Mollere über sprach die Möglichkeit aus, daß die Mitglieder ihren zum Verbande gehören möchten, so die Verhältnisse der städtischen Arbeiter noch in mancher Hinsicht Verbesserung bedürftig seien. Der Kassabekannt des Kollege Dillinger wurde ordnungsgemäß erwähnt und als richtig anerkannt. Bei der durch Stimmentel vorgenommenen Vorstandswahl wurde der bisherige Vorstand wiedergewählt. Im Beweise, daß die Mitglieder dieses Vereines zu ihrer Verantwortlichkeit haben. Festgelegt wurde, daß es im Gaswerk mit dem Anschlag an den Verband nicht so Haupt, wie es gewünscht wäre. Ein Teil der Kollegen in der Meinung, weil sie Handwerker seien, gehörten sie in den Metallarbeiterverband, was grundsätzlich ist. Unser Verband ist eine Organisation aller städtischen Betriebe und ob die städtischen Arbeiter, Handwerker oder angelernte Arbeiter sind, ihr Platz ist nur im Gemeindearbeiterverband. Es gibt es auch allenthalben zu reden, mit denen man sich vor der Organisation, bezug vom Weitergehenden drücken will. Es gibt eben auch in der Arbeitererschaft Leute, die von den Früchten genießen wollen, die andere leisten haben. Manchem Arbeiter ist ein Eintritt in wichtiger als die Verantwortung, denn wenn der Verband etwas erreicht, dann bekommen es die Nichtorganisierten ja auch. Die auf von 16 Arbeiter eintreffende Versammlung fand einen ungünstigen Verlauf und wurde beschlossen, an die Stadtverwaltung heran zu gehen, betreffend einer einheitlichen Lohnbestimmung. Kollege Dillinger sprach, daß im Gas- und Elektrizitätswerk und in Schlachthäusern für Arbeiter in der Zeit von 1914 bis 1918 und früh von 4-6 Uhr keine Zulage für Überstunden bezahlt werden. Die Zahlung von 20 Prozent Zuschlag für Nachtarbeit wurde als unzureichend bezeichnet und beschlossen, dem Verband zu beantragen, die Forderungen dem Arbeitgeber zu überreichen. Am 21. Februar stattgefundenen Vorstandswahl wurde im Wesen des Kollege Winter über die einzutreffenden Forderungen beraten und diese Angelegenheit erledigt.

Gewünscht wurde, daß die Stadt Köln recht bald ein Entschluß über die Angelegenheit oder rechtzeitiger Angelegenheiten sei, bekommen. Es wurde beschlossen, der Stadt für eine vorläufige Sozialpolitik, Ausschuss des Kassieren, Arbeiteres zu haben ist.

Arbeiterbewegung.

Der Zentralverband christlicher Fabrik- und Transportarbeiter Deutschlands gehört zu denjenigen gewerkschaftlichen Verbänden, die durch Einseitigkeiten der Mitglieder zum Verlorene mitziehen betroffen wurden. Im Schlusse des Jahres 1916 waren rund zwei Drittel der Mitglieder zum Verlorene eingeleitet. Die Verbandsleitung hat mit dem schrittweisen Wiedereintritt alles zurückgehört, um den Verband trotz aller Schwierigkeiten zu organisieren. Während im Jahre 1916 gegen 1700 neue Mitglieder aufgenommen wurden, betrug 1917 die reine Zunahme an Mitgliedern nach der Lebenslohnstatistik 6265. Im 1. Oktober 1917 hat der Verband seine Unternehmungen wesentlich erhöht. Auf wirtschaftlichem und sozialen Gebiet hat der Verband trotz Krisenverhältnissen viele positive Erfolge erzielt. Sein Schreitungsgewinn hat der Verband in der Gewerbe, Zement, Holz, Gummi, Zellulose, Papier und Lederindustrie sowie in sonstigen Fabrikbetrieben, wo hauptsächlich angelernte Arbeiter beschäftigt werden. Dazu kommt noch die Brauerei und Mühlenindustrie sowie das Feinweberei- und Handwebgewerbe. Die in Frage kommenden Arbeiter und Arbeiterinnen werden für den Verband geworben.

Verbandsnachrichten.

Vom 4. Quartal haben weiter abgerechnet die Ortsgruppen: Trier, Bremen, Bilsbosen, Frankfurt, Düsseldorf (Str.), Bonn (Str.), Essen, Münster, Augsburg, Köln (Str.) und Köln (Schuldiner).

Der Zentralvorstand
A. A. Peter Dedendach

Redaktion und Verlag: P. Widmann, Köln, Rindfleisch 1
Druck: Köln-Chronik-Verlagsdruckerei, Maxstr. 9.